

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Beitrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 20

Sonntag, den 14. Mai

1916

## Endlich!

Endlich hat die Regierung dem Reichstag eine Novelle zum Vereinsgesetz vorgelegt, in der den Wünschen der Gewerkschaften nach Befreiung von polizeilichen und gerichtlichen Eingriffen wegen ihrer Tätigkeit Rechnung getragen werden soll. Aber man sieht es der Novelle an, daß sie mit Hängen und Würgen zustande gekommen ist. Die bekannten Beschlüsse des Reichstages sind von Regierung und Bundesrat nicht anerkannt worden. Der Druck von konservativer Seite ist immer noch stark genug gewesen, dies zu verhindern.

Die so nötige Beseitigung des Sprachenparagraphen und der Beschränkung der Jugendlichen hat die Regierung direkt abgelehnt. Gerade hierin ist unüberwindlich der konservative Einfluß zu erkennen.

Dagegen gereicht es uns zur Genugtuung, in der Begründung der Novelle endlich die Bestätigung dessen zu finden, was die Gewerkschaften seit Jahrzehnten gegen ihre Einschränkung durch polizeiliche und richterliche Praxis zu bekämpfen hatten. Es heißt da:

„Seither hat die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse auf der einen und die Gestaltung der Rechtsprechung auf der anderen Seite zur Folge gehabt, daß die genannten Vereine ihre nächsten und eigentlichen Aufgaben in der Tatscher oder nur unvollkommen zu erfüllen vermögen, ohne sich vielfach mit Angelegenheiten zu befassen, die als politisch gelten. In immer größerem Umfange sind staatlicher Regelung solche Verhältnisse unterworfen worden, die sich mit wirtschaftlichen und beruflichen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eng berühren, so der Arbeiterschutz, die Arbeiterversicherung, Arbeitsverhältnisse der Heimarbeit usw. Auf anderen Gebieten, die ebenfalls für die Unternehmer wie für die Arbeiterchaft von erheblicher Bedeutung sind, ist eine solche Regelung teils in Angriff genommen, teils vielfach angeregt worden, beispielsweise für Fragen des Sozialrechts, für das Einigungswesen, für das Tarifvertragsrecht usw. Sodann haben auch die Gewerkschaften und ähnliche Vereinigungen die Betätigung für ihre Mitglieder über den Rahmen ihrer ursprünglichen Aufgaben hinaus auf die Wohlfahrtspflege und eigene wirtschaftliche Unternehmungen, wie Konsumvereine, Versicherungsvereine usw., ausgedehnt und sich damit auf Gebiete begeben, auf denen sie sich der Stellungnahme zu Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik nicht entziehen können. Dieser Entwicklung ist die Rechtsprechung nicht gefolgt.“

Diese Darstellung genügt zur Bestätigung der jahrzehntelangen Klagen der Gewerkschaften über gesetzliche Benachteiligung. Zwar kommt diese Einsicht der Regierung sehr spät, aber sie genügt, gewissen Kämpfen der Gewerkschaften gegen polizeiliche und gerichtliche Drangsalierung ein Ende zu machen. Wohl gemerkt, so lange nicht neue richterliche Interpretationen des Vereinsgesetzes und auch der neuen Novelle wieder herausfordernd wirken.

Nun zum Wortlaut der Änderung des Gesetzes. Nicht der § 3 des Vereinsgesetzes wird geändert, wie es der Reichstag bereits mit seinem Initiativantrag beschlossen hatte, sondern es wird ein neuer § „17a“ eingeschoben, der nur eine Deklaration über die §§ 3 und 17 gibt; sie lautet:

### § 17 a.

Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.“

Mit dieser Änderung will die Regierung ihre Zusage erfüllen, welche sie am 18. Januar 1916 im Reichstage gegeben hat, sagt jedoch darüber vorsichtig, damit insoweit eine Änderung des Gesetzes eintreten zu lassen, als es notwendig erscheint, „um gegenüber den Bestimmungen über die politischen Vereine den Gewerkschaften und gleichartigen Vereinen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Rechtsstellung zu sichern, die ihnen als berechtigigt anzuerkennenden Bedürfnissen entspricht.“

An anderer Stelle der Begründung heißt es:

„Die Vorlage gibt den Vereinen, für die sie gilt, die Einwirkung auf Angelegenheiten der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik frei. Unter

dem einen oder andern dieser Begriffe werden sich alle mit den Aufgaben der Gewerkschaften und ähnlichen Vereinigungen im Zusammenhange stehenden Angelegenheiten bringen lassen, die als „politische“ Angelegenheiten angesehen werden können, auch wenn für die Auslegung dieses umfassenderen Begriffes die gegenwärtige Rechtsprechung beibehalten wird.“

Es werden dann eine Reihe von Angelegenheiten und Fragen aufgeführt, die in das Gebiet der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gehören, um plausibel zu machen, wie weit die Regierung die gesetzliche Änderung auf diese Fragen ausgedehnt haben will.

„Ausgeschlossen werden durch den Entwurf rein politische Angelegenheiten, heißt es weiter, die weder zur Sozialpolitik noch zur Wirtschaftspolitik gehören, also namentlich Fragen der auswärtigen Politik, der Verfassungen des Reiches und der Berufsstaaten sowie Wahlrechtsbestimmungen. Würde den Gewerkschaften und ähnlichen Verbänden auch die Einwirkung auf derartige Angelegenheiten freigegeben, so würde die Grenzlinie zwischen wirtschaftlichen Verbänden, die sie binden und bleiben sollen, und politischen Vereinen verwischt werden.“

Ob dieser Zweck mit der Novelle erreicht wird, ist eine Frage für sich, die wir heute nicht näher ventilieren wollen. Aber wir fürchten, daß die gezogene Grenzlinie von jener Seite einzuengen versucht wird, die schon das bisherige Vereinsgesetz so interpretierte, daß nun ihr gegenüber eine Beschränkung dieser besonders gegen die Gewerkschaften gerichteten Praxis notwendig ist. Solange das Vereinsgesetz überhaupt mit Kautelen umkleidet ist, die den Behörden sozusagen vormundliche Refugien gegen Staatsbürger einräumen, solange wird es eine polizeiliche Praxis verlangen, davon einen Gebrauch zu machen, der zum Widerstand herausfordert.

Indes geben wir gern zu, daß die Novelle manches aus dem Wege räumt, das den Gewerkschaften hinderlich war. Und es bleibt der Zukunft vorbehalten, wie sich die gesamte Staatsbürgerchaft von allen Bevormundungen befreien will und wird.

Unter die Vereine, für die die Vorlage gilt, rechnen wir alle Vereinigungen, die zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gegründet sind und werden, also auch die der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Bureau- und Kassenangestellten, sowie der Dienstboten und Landarbeiter. Bei der Beratung der Novelle wird dies besonders hervorgehoben werden müssen, damit den betreffenden Arbeitern das Recht nicht illusorisch gemacht wird. Wie überhaupt die Deklaration des Gesetzes durch die Novelle so klar gestellt werden muß, daß Versuche, trotz der Änderung des Gesetzes alte Praktiken aus neue betrieblen, unmöglich gemacht werden. Die „Neuorientierung“ der inneren Politik muß uns eben von diesen Praktiken vollständig befreien. Die Novelle tut dies noch nicht.

## Der Schleier gelüftet.

Für jeden, der die Tabaksteuerpolitik der Regierung in ihren einzelnen Phasen verfolgt hat, konnte es nicht mehr zweifelhaft sein, daß sie auf die Einführung des Tabakmonopols gerichtet ist. Nie ist eine Erklärung abgegeben worden, so oft auch die Schatzsekretäre kamen und gingen, daß die Regierung den Plan eines Tabakmonopols aufgegeben habe.

Nur einmal wurde eine etwas festere Erklärung abgegeben, zwar nicht in bezug auf das Tabakmonopol, wohl aber über die Belastung der Zigarren- und Rauchtakalindustrie. Es war bei der Einführung der Vanderschöfersteuer für Zigaretten, als der damalige Schatzsekretär Graf Posadowsky in der Steuerkommission die Versicherung abgab, die Regierung denke gar nicht an die höhere Besteuerung des Tabaks. Was diese Erklärung für Wert hatte, das zeigt die Belastung des Tabaks vom Jahre 1909, also drei Jahre nach jener Erklärung.

Jetzt ist der Schleier über das Endziel der Regierung in der Steuerkommission etwas mehr gelüftet worden. In den Sitzungen der Kommission am 4. und 5. Mai fundierten mehrere Abgeordnete die Regierung wegen des Monopologebankens.

Der Pole Sokoloff sagte, es scheine, als ob die Regierung schon jetzt auf ein Tabakmonopol hinarbeite. Auch Genosse Mollenbaur schnitt die Monopolfrage an und der konservative Abg. Kretsch forderte ohne weiteres das Tabakmonopol, das, wie er meinte, zu einer Kräfteersparnis führen würde.

Soweit darunter eine unausbleibliche starke Verringerung der Arbeiterzahl, die besonders die Zigarettenfabrikation betreffen würde, zu verstehen ist, träte allerdings ein Kräfteüberschuß resp. „Ersparnis“ ein. Eine andere nicht. Die Erfahrungen mit dem Monopol in anderen

Staaten zeigt, daß im Verhältnis zur Stärke der Produktionsziffer — die Beamten-, überhaupt Verwaltungsziffer, gegenüber der Privatindustrie überwiegt. Indes, wenn auch eine große Anzahl Agenten und Reisende bei der Monopolwirtschaft nicht nötig wären, so wird deren Existenz doch bei der billigeren Produktion der Privatindustrie leichter mit erhalten. Doch das nur nebenbei.

Gegenüber den Anzählungen drehte und wendete sich der Schatzsekretär Dr. Helfferich in ausweichenden Reden, die jedoch für den Verständigen klar genug sind. Auf die Frage Sokoloffs erwiderte er: Die Geschäftsführung der Tabak-Einkaufsgesellschaft zielt nicht auf das Monopol ab.

Wer glaubt wohl in der Tabakindustrie, daß die Tabak-Einkaufsgesellschaft je wieder verschwinden werde? Ihr Ausbau ist nur Vorarbeit für das Monopol, wenn auch vorläufig für das Zigarettenmonopol.

Deutlicher wurde der Schatzsekretär in folgenden Sätzen: „Die mit dem Kleinbetrieb verbundene Beschäftigung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Arbeitskräften in der Zigarettenindustrie sei volkswirtschaftlich nicht erfreulich. Nach dem Kriege werde man die Kräfte wirtschaftlich in höherem Grade ausnützen müssen. Über ergebe zu, daß ein Monopol auf starke Schwierigkeiten stoßen werde und daß man die Arbeitskräfte nicht plötzlich stark zurückschrauben könne.“

Das ist doch wohl deutlich genug. Und daß man nicht viel Federlesens machen würde, wenn man es nur mit Großbetrieben zu tun hätte, ist klar. Zunächst, und vielleicht sehr bald, beginnt man mit dem Zigarettenmonopol. Als der fortschrittliche Abg. Wiemer gesagt hatte, er glaube, daß das Zigarettenmonopol kommt, hatte es der Schatzsekretär sehr eilig, dazu die Bemerkung zu machen: „Die Abgabe von der Zigarette sei in der Begründung der Tabaksteuervorlage ausdrücklich als Provisorium bezeichnet.“

Als Provisorium, das aber nicht etwa nach dem Kriege einer weiteren Erhöhung der Zigarettensteuer weichen soll, sondern das die Einführung des Monopols erleichtern soll. Das während des Krieges etablierte Zigarettenmonopol in Polen und den eroberten Ostseeprovinzen soll dann zum Reichsmonopol erweitert werden, d. h. dieses Teilmonopol ist ebenfalls nur Vorarbeit für das Reichsmonopol.

Zweifelloos erachtet die Regierung den Zeitpunkt hierfür günstig, allerdings zunächst für das Zigarettenmonopol. Und wenn es dann eingeführt ist, wird sie über die Doppelwirtschaft in der Tabakindustrie — hier Monopol, dort Privatwirtschaft — Klage führen, um das Gesamtmonopol zu erreichen. Man müßte sich abtätlich die Augen verschließen, wenn man diesen Gang der Dinge nicht sehen wollte. Zumal nach den Äußerungen des Schatzsekretärs in der Steuerkommission.

Wir sind überzeugt, gelänge es nach dem Kriege dem Schatzsekretär, eine Milliardenanleihe so leicht aufzubringen wie für den Krieg, er kaufe die ganze Tabakindustrie generös auf, wenn auch die Abfindungssummen ziemlich hoch gestellt würden. Aber so liegt der Knäuel beim Hund, ganz abgesehen von den parlamentarischen Schwierigkeiten.

Indes, die Vorarbeit wird, wie wir sehen, rüstig fortgesetzt. Vielleicht, denkt die Regierung, kommt ein günstiger Augenblick, der uns gestattet, schnell und kräftig zuzugreifen. Wovor wir gewarnt haben wollen.

## Fortsetzung folgt.

Die Herren vom Deutschen und Westfälischen Tabakverein haben, wie bekannt, der Regierung ihre Forderung nach einer Erhöhung der Tabakabgaben insofern erleichtert, als sie ohne viel Bestimmen die Tabakindustrie als noch weiter leistungsfähig erklärten und mit 160 Mill. neuer Steuern einverstanden erklärten. In der Erklärung für diese ungeheuerliche Lasten konnte man einmal die Ansicht finden, daß in dieser Zeit die Tabakindustrie zu den Opfern, die der Krieg mit sich bringt, beitragen müsse, zum anderen aber wurde versucht, glauben zu machen, daß man sich zu dem jetzigen Zustand in der Voraussicht herbeigelassen habe, es werde nach dem Kriege keine weitere Erhöhung der Tabakabgaben verlangt werden.

Was den ersten Grund anbetrifft, so meinen wir, daß die bewilligungseifrigen Herren vom Deutschen Tabakverein mehr an ihre eigene, als an die Lage der Gesamtindustrie gedacht haben. Die Lage in der deutschen Tabakindustrie ist seit 1909 derartig, daß allgemein eine weitere Erhöhung der Tabakabgaben überhaupt nicht getragen werden kann. Wenn einzelne Großindustriellen auf den Bankrott der kleineren und mittleren Fa-

beständen spekulieren. So ist das freilich echt kapitalistisch gedacht, aber volkswirtschaftlich durchaus ansehnlich und darf unter keinen Umständen der Gesetzgebung zur Grundlage ihres Handelns dienen. Es ist das Leiden, daß wir in der Tabakindustrie bisher nur dann eine Teilnahme einer größeren Anzahl mittlerer und kleiner Unternehmer an den öffentlichen Fragen des Gewerbes gemahnen, wenn es sich um Sein oder Nichtsein dreht. Zu vorbereitender und fortbauender Tätigkeit im Interesse des Gewerbes sind die allermeisten unter ihnen nicht zu haben. Es wäre ja auch nicht möglich gewesen, daß die führenden Herren im Deutschen Tabakverein bei dieser Steuermaßnahme das ganze Gewerbe hätten so hineinreiten können, wie es tatsächlich nun geschehen ist. An sich könnte uns das gleich sein, wenn nur die Tabakarbeiter nicht mit darunter zu leiden hätten gemäß dem bekannten Wort: Den letzten belassen die Hunde.

Aber, verehrte Herren vom Deutschen Tabakverein, wie steht es nun mit der anderen Seite der Sache? Man hat der Industrie, wie schon gesagt, den Glauben beigebracht, als habe die Regierung vorerst auf weitere Eingriffe in der Entwicklung der Tabakindustrie verzichtet, wenn jetzt die geforderten Steuern nach Art und Höhe bewilligt werden würden. Nun erleben wir in den Kommissionsverhandlungen, daß der Reichsschatzsekretär ein- übers andermal deutlich erklärt, daß er irgendwelche Versprechungen für die Zukunft nicht machen könne. Das heißt also, daß in jedem Augenblick nach dem Kriege, früher oder später, mit weiteren Steuererhöhungen für die Tabakindustrie zu rechnen ist.

Natürlich kann der Reichsschatzsekretär kaum anders reden, denn er dürfte zunächst selbst noch nicht im Klaren sein über das Steuerbedürfnis nach dem Kriege; außerdem weiß er nicht, wie lange er sein Amt verwaltet. Und schließlich steht er und mit ihm jedenfalls die ganze Regierung, wie bisher, auf dem Standpunkt, daß der Tabak als „entbehrliches Genussmittel“ bis ins Unendliche herzuhalten die patriotische Pflicht hat. So können wir denn auch mit dem besten Willen nicht annehmen, daß der Reichsschatzsekretär, als er mit den Herren vom Deutschen Tabakverein verhandelte, Ausichten eröffnet hat, die auf einen künftigen Verzicht auf weitere Heranziehung der Tabakindustrie zur Deckung der Reichsausgaben hinauslaufen. Nach seinen Erklärungen in der Kommission kann er nicht einmal für die nächste Zeit nach dem Kriege derartige Hoffnungen gewagt haben. Auf keinen Fall wird sich Dr. Helfferich in so kurzer Zeit und so deutlich selbst auf den Mund schlagen.

Wer sollte denn aber die Hoffnungen, die die Herren vom Deutschen Tabakverein so sanft nährten, gewagt haben? Hat Dr. Helfferich, haben die Regierungsvertreter den Herren solche Hoffnungen nicht gemacht, so kann man demnach auch nicht sagen, daß die Herren vom Tabakverein übertölpelt worden sind. Oder hatten die Herren vom Tabakverein selbst solche Hoffnungen? Dann hätten sie der Regierung auf den Zahn fühlen und sich diese Hoffnungen bestätigen lassen sollen. Als Leute, die Jahrzehnte in der deutschen Tabakindustrie tätig sind und nun schon sowohl in Steuerdingen erlebt haben, hätten sie sich auch von vornherein von betrugartigen Illusionen freimachen können. Die Tabakarbeiter waren doch auch frei davon. Doch, wie wir auch kalkulieren, die Frage bleibt bestehen: Weshalb haben die Unterhändler vom Tabakverein ihren Mitgliedern und der gesamten Industrie nicht von Anfang an erklärt: Ja, wir haben der Regierung viele, viele Millionen dargebracht, aber wir wollen euch nicht darüber im Unklaren lassen, daß keinerlei Sicherheit selbst für die nächste Zeit geboten worden ist. Wir glaubten es gern, daß es geschehen müsse, doch haben wir uns getäuscht und nun können wir das Wort, das unserem Munde entflohen, im Busen nicht mehr bewahren. Die 160 Millionen sind nun einmal zugestanden!

Hätte man keine Hoffnungen genährt und gleich klaren Wein eingeschenkt, so wäre der Sturm im Unternehmerlager unbedingt früher losgebrochen und die Wirkung wäre am Ende fruchtbarer gewesen. Immerhin hat der größte Teil der Fabrikanten noch einen Anlauf genommen; viele sind freilich auf halbem Wege stehen geblieben und wollen der Rage den Schwanz lieber in zwei Teilen abhacken, eins vor und eins nach dem Kriege. Wenn die Rage aber daran scheidet, so haben die Herren vom Deutschen Tabakverein redlich dazu beigetragen; sie haben das Beil geschärft.

So bleibt denn nur noch die Hoffnung auf den Reichstag. Vielleicht hat man im Reichstag mehr Verständnis für die Lage der Tabakindustrie, als es die Unterhändler vom Deutschen Tabakverein und von den anderen Körperschaften des Gewerbes hatten, indem er einseht, daß hier einmal das Kapitel geschlossen werden muß und es nicht bis in alle Ewigkeit heißen kann: Fortsetzung folgt!

## Die Tabaksteuer im Steuerausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung der Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Tabaksteuer mit einer allgemeinen Ansprache. Staatssekretär Helfferich nahm Bezug auf die sehr lebhaften Auseinandersetzungen, die in den letzten Wochen in den Kreisen der Tabakfabrikanten, -fabrikanten und -verlänger stattgefunden haben, die beweisen, daß die Interessenten sich nicht so einfach mit der Vorlage abfinden, wie es der Staatssekretär in seiner Einleitung dargelegt hat. Das Ergebnis dieser Beratungen sei nicht größere Klärung, sondern größere Meinungsverschiedenheit. Er bitte trotzdem bei Ausschuss dringend, auf den Boden der Vorlage zu treten, der einzigen Verhandlungspunkt, die von der Regierung vorgeschlagen werde und auf deren Fußabdrücken sie den größten Wert lege.

Berichterstatter Abg. Rollenbahr (Soz.) befragt die Vorlage von allgemeinen Gesichtspunkten aus.

Über die Entbehrlichkeit des Tabakrauchens gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Als „entbehrlich“ könne man sehr viele Verbrauchsgegenstände des Kulturmenschen bezeichnen. An der Verarbeitung des Tabaks seien 48 000 selbständige Gewerbetreibende interessiert. Die Durchführung eines Tabakmonopols habe die Erpropriierung dieser Erzeugnisse zur Voraussetzung. Der Ertrag, den ein Tabakmonopol bringen könnte, ließe sich leichter mit der Erfassung einer viel kleineren Zahl von Leistungsfähigen beschaffen. Die beste Steuer sei eine solche, die sich nach der Zahlungsfähigkeit des Steuerpflichtigen bemisst — die einfach und ohne große Unkosten erhoben werden kann und die keine Schädigung weiterer Kreise bewirkt. Keine dieser Erfordernisse treffe auf die Tabaksteuer zu. Durch die früheren Tabaksteuergesetze, besonders das von 1879, sei die Arbeiterklasse schwer betroffen worden. Die Lohnkürzungen, mit denen die Fabrikanten sich schadlos zu halten suchten, veranlaßten die früher gut bezahlten Tabakarbeiter in die schlechtest bezahlte Arbeiterschaft. Da sei nun gerade jetzt zu beachten, daß in der Tabakindustrie sehr viele Arbeiter mit Körperschäden beschäftigt sind. Nach dem Kriege werde die Zahl der Arbeitenden dieser Art ungeheuer groß sein. Die Wirkung der Steuererhöhung werde sein, daß Arbeiter entlassen, nicht, daß weitere gebraucht werden. — Weiter weist der Redner nach, daß der mit der Vorlage gemachte Versuch, den deutschen Tabakbau schutzollnerisch zu fördern, fehlschlägt. Die Forderung des Tabakbaues hänge ab vom Rauchergeschmack und von der Bodenkultur. Sie sei nur möglich, wenn es gelinge, in Deutschland einen leicht brennbaren Tabak zu erzeugen. Im ganzen seien die schwersten Bedenken gegen die Vorlage zu erheben.

Mitberichterstattung Haas (Freil. Wp.) bespricht die sehr verschiedenen Anschauungen, die in den zahlreichen Eingaben der Interessenten vertreten werden. Die einzelnen Schichten denken oft mehr an die Interessenten ihrer besonderen Gruppe als an die der Allgemeinheit. Der Gedanke der Einführung einer Zigarettensteuer sei ernstlich zu prüfen, wie überhaupt die Bedenken der Interessenten geprüft werden müssen, ehe man der Vorlage in der einen oder anderen Form zustimmen könne.

Antrieb (Soz.) untersucht die Wirkung einer Mehrbelastung des Tabaks um 160 Millionen Mark für Gewerbetreibende und Tabakarbeiter. Der Wertzoll auf Roh- und Halbfabrikate beginnige das Großkapital und schädige schwer die kleinen Fabrikanten. Der Deutsche Tabakverein, der sich jetzt für die Erhöhung des Wertzollzuschlages ins Zeug legt, habe das 1909 selbst mit aller Schärfe ausgesprochen. Die heutigen hohen Tabakpreise und der ungünstige Stand der Saluta verschärfe diese Wirkung. Die Vergleiche mit dem Auslande seien nicht stichhaltig. Die Art der Fabrikation, die Qualität der Ware, sei zum Beispiel in Frankreich viel geringwertiger als in Deutschland. Bei uns sei heute schon der Preis der Tabakfabrikate pro Kilogramm erheblich höher als in Frankreich und Oesterreich. Die Rücksichtnahme auf die Tabakarbeiter sei in Deutschland mit seiner verhältnismäßig großen Zahl von Tabakarbeitern viel wichtiger als in den andern Ländern. In Verbindung mit den hohen Tabakpreisen werde die Steuer die billigen Zigaretten ganz verdrängen. Schon jetzt sei aus der 5-3 eine 7-3-Zigarette geworden. In demselben Verhältnis seien die weiteren Preislagen gestiegen. Die Fabrikanten weigern sich schon heute, 5- und 6-3-Zigaretten herzustellen. Mit den enormen Preiserhöhungen sei an sich schon ein großer Rückgang des Verbrauches verbunden, wodurch zahlreiche kleine Betriebe erdrückt werden. Wer solle denn die 10- und 12-3-Zigaretten — die billigsten der Zukunft — kaufen, bei den Einkommensverhältnissen, wie wir sie haben? Die Wirkung der Steuererhöhung werde die Zerstörung zahlreicher Existenzen und die Brotlosmachung Hunderttausender von Arbeitern sein. Wie habe die Regierung eine solche Vorlage in der jetzigen Zeit machen können? Erklärlich werde das nur, wenn man wisse, daß der Deutsche Tabakverein, die Vertretung des Großkapitals, dahinter stehe. Senator Biermann habe in der Versammlung des Tabakvereins erklärt, nach einer Erklärung des Schatzsekretärs würde später eine viel schärfere Besteuerung folgen, wenn jetzt die Erhöhung nicht zustande käme. Redner legt ausführlich die Vorteile dar, die den großen Fabrikanten besonders in der Kriegszeit zugute kamen. Selbst in der Kriegszeit hätten kleine Geschäfte schließen müssen; nach Schluß des Krieges werden ihnen viele Tausende folgen. Aus diesen Gründen werde die Sozialdemokratie die Vorlage mit aller Kraft bekämpfen.

Staatssekretär Helfferich vermahnt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, daß er gegenüber den Interessenten eine Erpressung verübt habe. Es habe sich um eine Besprechung gehandelt, bei der es als selbstverständlich gegolten habe, daß der Tabak zur Beschaffung der notwendigen Mittel stärker belastet werden müsse. Wenn der Vorredner auf die Anwesenheit des Senators Biermann hinzuweisen habe, obgleich er Interessent sei, so sei Biermann hier als Regierungsvertreter der Hansestadt Bremen, die selbst darüber zu bestimmen habe, durch wen sie sich vertreten lassen wolle. Bei der Vorbereitung der Vorlage habe er sich mit der Arbeiterfrage eingehend beschäftigt. Er sei aber zu dem Ergebnis gekommen, daß der jetzige Zeitpunkt mit seinem starken Verbrauch gerade günstig für die Steuererhöhung sei. Auch nach dem Kriege werde die Tabakindustrie mit der Wiederauffüllung der Lager so stark beschäftigt sein, daß eine Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten sei.

Fretz (Konf.): Auf den Tabak könne man bei Beschaffung der Steuern nicht verzichten. Auch andere Interessenten würden an die Reihe kommen. Wenn von anderer Seite das Tabakmonopol empfohlen werden sollte, würden die Konservativen gern zustimmen. Vom Standpunkt des Schutzes der Arbeiterinteressen wägen eigentlich die Sozialdemokraten für die Vorlage sein, die der Zurdrückung der Zigarette durch die Zigarette entgegenwirke. — Warmuth (Deutsche Fraktion) stellt sich als Freund der Vorlage vor und macht sich die Gründe der Regierung zu eigen. — Heil (Soz.) mahnt, in der Bewilligung

würde man es nicht verstehen, wenn man bei dem heutigen Geldbedarf nicht auf den Tabak zurückgreifen würde. Man sollte die Steuer aber gleich endgültig gestalten. Die Zigarettenindustrie sei ein sehr geeignetes Steuerobjekt. — Müller-Fulda (Zentr.): Wenn man die Vorlage zweckmäßig gestalte, lasse sich nichts gegen sie einwenden. Der jetzige Zeitpunkt sei sehr geeignet. Die Zigarettenfabriken hätten in der Kriegszeit ungeheure Profite gemacht. Aber es müsse eine Verständigung unter den Parteien erzielt werden. Im anderen Falle würde das Zentrum nicht dafür zu haben sein, die Sache mit einer knappen Mehrheit zu machen; damit dann die anderen brauchen die Sache zu agitatorischen Zwecken mißbrauchen. — Staatssekretär Helfferich tritt dieser Auffassung sehr lebhaft bei.

Deichmann (Soz.): Im Gegensatz zum Herrn Reichsschatzsekretär richte ich an die Mitglieder der Kommission die bringende Bitte, den vorliegenden Entwurf abzulehnen. Eine Erhöhung der Tabakgaben schädigt den Handel mit Tabakfabrikaten und die gesamte Tabakindustrie; insbesondere aber benachteiligt sie die Arbeiter der Tabakindustrie. Gewiß ist richtig, daß die Konsumenten letzter Endes die Steuer tragen werden. Aber die Arbeiter werden eine Reihe von Jahren schwer zu leiden haben, wie die Vorgänge nach den Steuererhöhungen im Jahre 1879 und 1909 nur zu deutlich beweisen. Im Jahre 1908 wurden z. B. in der Zigarettenbranche in Deutschland 165 394 Arbeiter, darunter 109 698 weibliche, beschäftigt. Im Jahre 1910 war die Zahl auf 151 924 Arbeiter, darunter 101 129 weibliche, gesunken. Noch im Jahre 1913 litt die Zigarettenbranche unter den Wirkungen der letzten Tabakbesteuerung. In diesem Jahre betrug nach demselben Berichte die Zahl beschäftigter Arbeiter 153 730, darunter 105 356 weibliche. Hinzu kommt, daß viele Arbeiter lange Zeit hindurch nicht voll beschäftigt werden konnten. In ähnlicher Weise zeigt sich auch die Wirkung in der Rau- und Rauchtobakbranche. Wenn sich in der Zigarettenbranche die Wirkung nicht so zeigte, so liegt das daran, daß durch die mechanische Entwicklung die Produktionskosten sich verringerten, wodurch die Steuerlast in erheblicher Weise ausgeglichen wurde. Die beschäftigten Handarbeiter und -arbeiterinnen haben ebenfalls eine schwere Zeit durchgemacht. Erklärlich erscheint es deshalb, daß die Tabakarbeiter mit zu den schlechtest entlohnten Arbeitern zählen; jede Tabakbesteuerung, ja, jede steuerliche Benützung, ändert den sozialen Aufstieg der Tabakarbeiter, wie der jährliche Durchschnittsverdienst der deutschen Tabakarbeiter im Verhältnis zu allen gewerblichen Arbeitern Deutschlands, wie Redner ziffernmäßig darlegt, beweist. Eine Förderung der Interessen der deutschen Tabakpflanzler ist nur zu berechtigt; doch wird diese Förderung durch eine Erhöhung der Spannung zwischen Zoll und Steuer nicht erreicht. Ueber die Frage, ob die Tabakbesteuerung — vorausgesetzt, daß sie nicht zu vermeiden ist — jetzt oder nach dem Kriege leichter durchzuführen ist, herrscht in Interessentenkreisen geteilte Meinung. Richtig ist, daß in Zeiten flotten Geschäftsganges die steuerliche Belastung leichter auf die Konsumenten abgemälzt werden kann als in Zeiten, wo das ganze wirtschaftliche Leben danteberliegt. Zu beachten ist aber, daß nach dem Kriege das wirtschaftliche Leben nicht gleich wieder aufgerichtet sein wird und dann die furchtbare Wirkung der Tabakbesteuerung sich zeigen wird, und zwar um so mehr, als die Preise für die dringend notwendigen Lebensmittel noch hoch sein werden. So mancher aus der deutschen Tabakindustrie, der heute an der Front steht und für die Fortentwicklungsmöglichkeit unseres Landes kämpft, wird dann bei seiner Rückkehr seine eigene Existenz vernichtet sehen.

Staatssekretär Helfferich will aus diesen Ausführungen entnommen haben, daß auch der Vorredner der Meinung sei, wenn schon die Steuer gemacht werden solle, dann sei es besser jetzt als später. Trotz der Tabaksteuer sei die Zahl der Tabakarbeiter immer gestiegen.

Die Beratungen werden dann auf Freitag verlegt.

Sitzung vom Freitag, den 5. Mai.

In der fortgesetzten allgemeinen Debatte erklärte am Freitag Dr. Blund (Fr. Wp.), seine Freunde seien grundsätzlich der Meinung, daß die Lösung der Verbrauchssteuerfrage als zusammenhängendes Ganzes bis nach dem Kriege zu verschieben sei. Mit dem Gedanken der Besteuerung der Zigarette könnten sie sich noch eher befreunden, als mit der der Zigarette und des Tabaks. Den Wunsch des Zentrums, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen, finde er begreiflich. Er erblicke darin den Versuch, Mißschuldige zu suchen für die Schaffung der Umsatzsteuer. Aber dann müsse das Zentrum auch den Gedanken anerkennen, daß neben dem Verkehr und Verbrauch auch der Besitz zu den Lasten beitragen müsse. Es müsse für den Wehrbeitrag stimmen und auch die Rechte für denselben gewinnen. Unter dieser Voraussetzung würden seine Freunde zu einer Verständigung bereit sein.

Sosin (Wolde): Bei der herrschenden allgemeinen Teuerung und bei den hohen Preisen des Tabaks hätten seine Freunde gegen die Vorlage große Bedenken. Die 1-3-Zigarette, vielleicht sogar die 2-3-Zigarette würde mit Einführung der Steuer verschwinden. Kleine Geschäfte, die häufig von den Frauen von Kriegsteilnehmern geleitet werden, würden miniert werden. Es scheine, als ob die Regierung schon jetzt auf ein Tabakmonopol hinarbeite.

Staatssekretär Helfferich: Ueber die zukünftige Gestaltung der Reichsfinanzen lasse sich heute nichts sagen. Dazu hätte die Regierung noch nicht Stellung genommen, auch der Reichstag werde dabei mitreden wollen. Eine Garantie dafür, daß der Tabak keine größere Belastung werde tragen müssen, als die jetzt vorgesehene, könne niemand geben. Die Geschäftsführung der Tabak-Einkaufsgesellschaft zielt nicht auf das Monopol ab.

Mollenbaur (Soz.) jetzt sich mit dem Staatssekretär auseinander wegen der Wirkungen der Tabaksteuererhöhung von 1909 für die Arbeiter. Die Heranziehung der Tabakindustrie infolge dieser Steuererhöhung sei ganz ungewiss. Die schlechten Löhne der Tabakarbeiter

Stärke der Staatssekretär nicht darauf erklären, daß die Arbeiter nur teilweise im Dienste tätig seien. Die Berufsstatistik rechnet durchweg mit Vollarbeitern, die je 300 Tage im Jahre beschäftigt werden. Der Staatssekretär betrachtet die 10 000 Arbeiter, die 1909 ausgeschaltet wurden, als eine geringfügige Sache. Aber es handle sich da im Jahre um 30 Millionen Stunden Arbeitslosigkeit. Welche Summe von Not sei damit verbunden! Wenn der Staatssekretär aus dem Tabak die Summen herausholen wolle, wie in anderen Staaten, so werde er auch die Tabakindustrie auf die Stufe herunterdrücken, auf der sie sich dort befindet. Der Monopoldanke werde von der Sozialdemokratie nicht prinzipiell abgelehnt. Gelingt es, die Arbeiterinteressen zu schützen, so werde sie nichts einzuwenden haben. Aber es handle sich um 48 000 selbständige Existenzen, die schablos gehalten werden müssen. Ein Monopol würde auch nicht rasch Geld bringen. Zunächst müßte vielmehr Geld hineingesteckt werden. Die Stärkung des heimischen Tabakbaues sei zwecklos. Die Tabakfabrikation sei in Rücksicht auf die Beschäftigung außerstande, den einheimischen Tabak im größeren Umfang zu verarbeiten.

Staatssekretär Helfferich: Er betrachte die Brotlosordnung von 10 000 Arbeitern nicht als Bagatelle, sondern habe sie aus der natürlichen Rücksicht bei dem Jahre 1909 vorausgegangenen Entwicklung behandelt. Die mit dem Kleinbetrieb verbundene Beschäftigung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Arbeitskräften in der Zigarrenindustrie sei volkswirtschaftlich nicht erfreulich. Nach dem Kriege werde man die Kräfte wirtschaftlich in höherem Grade ausnützen müssen. Aber er gebe zu, daß ein Monopol auf große Schwierigkeiten stoßen werde und daß man die Arbeitskräfte nicht plötzlich stark zurückschrauben könne.

Müller (Zentr.) freut sich über die Erklärung. Eine Verständigung werde bei allseitigem guten Willen möglich sein. Der Wehrbeitrag in der vorgeschlagenen Form sei freilich für ihn nicht recht verdaulich. An der Verkürzung der Kriegsgewinnsteuer wolle er gern mitwirken; denn 5, 6 oder 8 Prozent seien keine Steuererhöhungen, die man sie erwartet habe.

Wiemer (Fr. Wp.): Müller scheint grundsätzlich anzuerkennen, daß man nicht lediglich Verbrauchssteuern machen, sondern auch den Besitz belasten müsse. Die fortschrittliche Volkspartei ist bereit zu einer Verständigung, soweit es ihre Grundzüge gestatten. Von Wichtigkeit ist, zu wissen, ob nicht binnen kurzem ein weiterer Eingriff in die Tabaksteuergesetzgebung folgen werde. Kann keine Sicherheit gegeben werden, daß die Zigarrenindustrie auf längere Zeit in Ruhe gelassen wird, so wachsen die Bedenken gegen die Vorlage. Die Zigarette ist allerdings elastischer. Er glaubt, daß das Zigarettenmonopol kommt. Die Zigarrenindustrie aber dürfe nicht alle paar Jahre beunruhigt werden.

Staatssekretär Helfferich: Die Abgabe von der Zigarette sei ausdrücklich als Provisorium bezeichnet; die Neugestaltung der Zigarrenbesteuerung nicht. Er nehme an, daß die letztere in den Rahmen der künftigen Reichsteuern ohne wesentliche Änderungen eingeführt werde. Die Belastung sei so gewählt, daß man hoffe, in Zukunft damit auszukommen. Eine bestimmte Garantie könne er nicht geben. Das Beispiel des Wehrbeitrages zeige, was solche für die Zukunft gegebenen Zusagen zu bedeuten haben. Oft würden sie vom Reichstag selbst umgestoßen.

Bud (Soz.): Unter den Arbeiterorganisationen aller Richtungen bestehe Einigkeit im Sinne der Verwerfung der Vorlage. Eine Einigung müsse auch hier zu erzielen sein, aber auf anderer Grundlage, als die Vorredner meinen. Die Budgetkommission sei in der Lage, die notwendigen Mittel durch Besitzsteuern zu beschaffen. Redner weist auf die graphischen Gewerbe hin, die von der Steuererhöhung gleichfalls empfindlich betroffen würden und daher dieselbe einmütig bekämpfen.

Meyer (Herford (Nat.)) will an die Beratung mit allem Vorbehalt heran. Aber wenn schon eine höhere Steuer notwendig sei, so sei die jetzige Zeit die geeignetste. Die westfälische Tabakindustrie betrachte Bänderrolensteuer als das beste System. Er gebe aber zu, daß man nicht das System jetzt von Grund aus neu gestalten könne. Eine weitere Beunruhigung der Tabakindustrie in der Zukunft müsse unbedingt ausgeschlossen sein. Die Vorlage müsse ein Definitivum werden. Die Zigarette könne dagegen mehr tragen.

Staatssekretär Helfferich wiederholt die Erklärung, daß man bei der endgültigen Gestaltung der Finanzreform um den Tabak nicht herumkomme. Es handle sich also nur um eine Frage des Zeitpunktes. Was außerhalb der provisorischen Zigarettenabgabe geschehen solle, das sei in der Vorlage enthalten.

Raute (Soz.) legt nochmals ausführlich die Gefahren dar, die den kleinen Zigarrenfabrikanten aus der Steuererhöhung erwachsen. Das sei eine merkwürdige Mittelstandspolitik! Der Widerstand in der Bevölkerung sei größer, als verschiedene Vorredner annehmen. Man gehe in der Bevölkerung davon aus, daß es die Absicht der Regierung und der Großfabrikanten sei, die Kleinen möglichst zu verdrängen und so das Monopol vorzubereiten.

Henke (Soz. Arb.): Wenn es die Absicht der bürgerlichen Parteien sei, sich zu verständigen, dann wäre es am besten, die Beratung zu schließen. Die jetzige Zeit mit ihren unsicheren und unübersehbaren Verhältnissen sei die ungeeignetste für die Steuererhöhung. Redner legt eingehend die ungerechte Wirkung der Tabaksteuer dar. Mit dem Kapitalabfindungsgesetz wolle man neue Existenzen schaffen, mit dieser Vorlage werde man zahlreiche Existenzen zerstören. Die kleinen Unternehmer, die im Felde stehen, haben nicht einmal die Möglichkeit, sich um ihre eigenen Verhältnisse zu kümmern und ihre Betriebe nach den neuen Steuerbestimmungen einzurichten. Für Unterstützungen der arbeitslos werdenden Arbeiter müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Kiel (Fr. Wp.) weist auf die kleinen Fabrikanten im Schillingen hin, die mit Recht verlangen können, daß man ihre Existenzen nicht während des Krieges antaste. Der Zigarettenabgabe könne er zustimmen. Die Annahme der erhöhten Zigarrenbelastung halte er für ausgeschlossen.

Kretsch (Kons.) empfiehlt wiederholt das Tabakmonopol, das zur Kräfteersparnis führen würde. Ueber die Frage einer Verständigung der Parteien unter der Voraussetzung der Annahme des Wehrbeitrages habe er mit seiner Fraktion noch nicht sprechen können. Er glaube aber nicht, daß seine Freunde auf diese Brücke treten werden. Er persönlich wünsche den Fortschrittler einen Wehrbeitrag, bei dem ihnen der letzte Wähler davonlaufe.

Deichmann (Soz.) widerpricht der Behauptung der Vorredner, daß die Tabakarbeiter in der Kriegszeit 18 Prozent Lohnerhöhung erzielt hätten. Im allgemeinen sei eine Lohnerhöhung von 5 Prozent durchgeführt worden; es gebe aber viele Betriebe, die noch keinen Pfennig Verbesserung gewährt haben. In manchen Fällen seien 25, 50 oder 75 % pro Tausend Zigarren als Teuerungszulage bezahlt worden. Die Nebenbeschäftigung der Tabakarbeiter in der Landwirtschaft sei nicht so erfreulich, wie sie hier geschildert werde. Sie schwäche das Gefühl der Zusammengehörigkeit und schädige die Gesundheit, was die Statistik beweise. Die Erklärung des Staatssekretärs biete keinerlei Gewähr für die Verschonung des Tabaks bei der großen Finanzreform. Die Tabakindustrie sei schon durch die früheren Steuern aus den Städten auf das platte Land verdrängt worden. Diese Entwicklung werde durch die Vorlage weiter gefördert und die Arbeiter würden noch mehr aus den Fabriken in die Hausindustrie abgedrängt werden. Gegen den Plan, die Zigarette nach dem Kriege sofort erneut zu belasten, wende sich die Zigarettenindustrie mit vollem Recht. Die Förderung des heimischen Tabakbaues hänge davon ab, ob ein zur Zigarrenfabrikation verwendbarer Tabak gebaut werde. Wenn man aber dem Tabakbau helfen wolle, dann sei es um so unerhörter, rücksichtslos einzugreifen in die Lebensinteressen von einigen Hunderttausend Tabakarbeitern.

Damit schloß die allgemeine Beratung, die Einzelberatung beginnt am Dienstag.

### Das Steuerverhältnis zwischen Zigarre und Zigarette.

Wie auch mehrfach schon im Tabak-Arbeiter dargestellt, besteht bereits heute in der Besteuerung zwischen Zigarre und Zigarette eine Spannung, von der die Zigarrenfabrikanten sagen, daß sie zugunsten der Zigarette wirkt. Natürlich wollen das die Zigarettenindustriellen nicht zugeben. Nun soll die Spannung auf Betreiben der Zigarrenfabrikanten selbstverständlich zugunsten der Zigarette, noch erweitert werden. Tatsächlich sind in der Vorlage zur Erhöhung der Tabakabgaben, wie sie zurzeit im Reichstag zur Beratung steht, die Sätze zur höheren Besteuerung der Zigarette ganz wesentlich erhöht worden. In der Fachpresse ist darüber u. a. folgendes zu lesen:

Die Vorgänge im Tabakwesen haben deutlich bewiesen, wie wenig auch den Interessen der Zigarettenindustrie mit der neuen Steueranlage gebührt ist, und wie eigenmächtig hier der Vorstand bei der letzten Beratung gehandelt hat. Es ist daher begreiflich, daß seitens der Zigarettenindustrie, die über diese Taktik einzelner Zigarreninteressenten nicht unorientiert ist, man sich demgegenüber zur Wehr setzt und an zuständiger Stelle darlegt, daß das steuerliche Verhältnismäßig zwischen Zigarre und Zigarette ein ungleiches ist. Bisher war nämlich das Kilo Zigarettenabgab durch Zoll und Steuern mit durchschnittlich 1,15 M., das Kilo Zigarettenabgab dagegen mit 4,90 M. belastet. Hieraus ergibt sich, daß schon nach den jetzigen Gesetzen die Zigarette der Zigarre gegenüber benachteiligt war.

Nach der Vorlage würde der Zigarettenabgab in Zukunft für das Kilo 2,22 M., der Zigarettenabgab dagegen 11,90 M. Belastung zu tragen haben.

Das ist ein Verhältnis, das die Zigarette als Markenartikel besonders schwer treffen muß, zumal sie nicht, wie die Zigarre, den durch Krieg gesteigerten Rohmaterialkosten mit den Verkaufspreisen folgen konnte.

Die Steuer ist doch nicht dazu da, zum Besten der Zigarre die Zigarette künstlich tot zu machen. Die Ansprüche gewisser Zigarren- und Tabakfabrikanten lassen jedes Gefühl für ein gerechtes Maß vermissen und stellen keine Beachtung finden. Insbesondere ist es unrichtig, daß der Zigarrenverbrauch zurückgegangen sei, vielmehr steigt er noch jährlich, wenngleich etwas langsamer als früher. Aber auch die Steigerung des Zigarettenverbrauchs hat sich seit 1911 verlangsamt. Um einer weiteren Einschränkung durch Selbstherstellung von Zigaretten zu begegnen, ist dringend zu fordern, daß, wie bisher, gesetzlich bestimmt ist, aller geschnittene Tabak bis zu einer Schnittbreite von 2 mm als Feinschnitt zu gelten hat.

Vom Standpunkt der Tabakverbesserung aus kann eine itemliche Bevorzugung der Zigarette unannehmlich gerechtfertigt werden, denn die Einfuhr von Rohabak, von dem die Zigarette erdort, ist viermal größer, wie die Einfuhr von Rohabak für die Zigarette, die dieser zum Teil aus befreundeten Ländern bezieht. Dagegen würde eine noch größere steuerliche Begünstigung der Zigarette das Steuererträgnis mindern, denn das Kilo Zigarettenabgab bringt schon jetzt das Vierfache an Zoll und Steuer, wie das Kilo Zigarettenabgab.

Es ist eine Fabel, daß die Zigarette zugunsten der Zigarre steuerlich bevorzugt sei; das Umgekehrte ist der Fall. Die Zigarette ist jetzt schon in härtestem Ausmaße steuerlich bevorzugt.

Die Zigarette ist überhaupt in der Gesamtsumme des Kleinverkaufs von Tabakarzeugnissen im Betrage von 1086 Millionen Mark mit 33 Millionen Mark, also nur mit 3 Prozent beteiligt. Sie könnte also bei einer gerechten Verteilung der Lasten auch nur dementsprechend und vor allem ihren nur wenig über 300 Millionen Mark betragenden Kleinhandelswert entsprechend herangezogen werden.

Wir wollen einer stärkeren Belastung der Zigarette selbstverständlich nicht das Wort reden und den heiligen Florian anrufen, daß er das Haus des einen beschützen möge, am das des andern anzuzünden, aber man darf doch nicht einfach die Sätze und ihre Steuerwirkung auf ein Kilo Tabak hervorheben, um daraus auf die Steuerwirkung für die eine oder andere Industrie zu schließen. Es kann eine Industrie in ihren wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen so beschaffen sein, daß ihr eine Steuer bereits enormen Schaden zufügt, die in einer andern, sogar verwandten, Industrie noch mit einiger Leichtigkeit getragen werden kann. Es müssen eben die Verhältnisse in ihrer Totalität geprüft werden.

### Rundgebungen der Tabakarbeiter.

In Braunschweig fand am 1. Mai eine Versammlung der Tabakarbeiter statt, in der der Gewerkschaftsleiter Dackelberg-Samburg über die Schöpfung der

Tabaksteuer referierte. Durch Annahme der Hannoverischen Resolution, stellten sich die Versammelten einmütig auf den Standpunkt, daß die schwere Schädigung insbesondere der Tabakarbeiter durch den Reichstag zur glatten Ablehnung der Regierungsvorlage verpflichtet.

### Zigarettenabakpreise und Einkaufsgesellschaft.

Der „Tabakwelt“ wird von sachmännlicher Seite u. a. geschrieben:

Am 20. April ist nun endlich eine Verfügung seitens des Bundesrats erlassen worden, die über die Verhältnisse bezüglich der Tabak-Einkaufsgesellschaft Aufklärung schafft.

Es ist in der Presse in den letzten Monaten häufig die Rede davon gewesen, daß jetzt, seitdem uns der direkte Weg nach dem Orient offen steht, der Gesamttransport jeder gewünschten Tabakmenge auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen könne, daß im Gegenteil nunmehr eine wesentliche Verbilligung der Orientabak eintreten müsse und beabsichtigt. Diese Ansicht ist vollkommen verfehlt; denn erstens einmal ist der deutsch-orientalische Frachtverkehr infolge der auf erweiterung starken Beanspruchung des Transportmittels zurzeit sehr eingeschränkt. Dazu kommt ferner, daß der Bedarf an Zigarettenabak sich jetzt gegenüber dem Friedensbedarf ganz bedeutend gesteigert hat, während andererseits die zur Verfügung stehenden Mengen an billigen Zigarettenabak — zum Teil auch infolge des Aufstrebens der nicht unbedeutend gewordenen russischen Einfuhr — nur begrenzt sind.

Es besteht die Tatsache, daß neben anderen Gründen infolge dieser Entladung der Preis für gewöhnliche Zigarettenabak zum Teil um 400 Prozent gestiegen ist. Diese Preissteigerung aber auf die Einkaufsgesellschaft zu legen, ist eine Verdrängung der Tatsachen. Aber diese Preissteigerung spielt nur eine untergeordnete Rolle im Verhältnis zu dem zu erwartenden ungeheuren Erspornen der Preise, das unbedingt zu erwarten wäre, wenn nach Friedensschluß der gewaltige Ansturm der tabakhaltigen Zigarettenindustrie auf die orientalischen Tabakvorkäte einsetzte würde: Hier alsdann während und regulierend zu wirken, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Einkaufszentrale. Das ist eine Tatsache, die in den gegnerischen Ausführungen leider stets verschwiegen wird.

### Kontingentierung der Tabakausfuhr in Holland.

Den Vereinigten Tabak-Zeitungen wird aus Amsterdam berichtet, daß die holländische Regierung eine Kontingentierung (Festlegung eines bestimmten Teils) der Tabakausfuhr beabsichtigt, und zwar in der Weise, daß 15 Prozent des zur Verfügung stehenden Tabaks für den holländischen Eigenbedarf zurückbehalten werden.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Neuhaus a. d. E. Die Firmen F. C. Schöbke und Georg Kamp hatten im Frühjahr 1915 alle Sorten um 50 % pro Mille erhöht und im Herbst 1915 außerdem 5 Prozent Teuerungszulage bewilligt. Letztere fällt jetzt fort und werden alle Sorten weiter um 1 M. pro Mille erhöht. Der Mindestlohn ist jetzt 10,50 M. pro Mille Bremen. Die Firmen Aug. Böhmmeier Wwe. und Ehr. H. H. S. bewilligten auf alle Sorten 1 M. Lohnzulage.

Brud in Bayern. Die Firma Franz Fuchs bewilligte zu der Teuerungszulage von 10 Prozent für Koller und Widelmacher 1 M. und für Lehrlinge und Hilfsarbeiter 50 % pro Woche.

Ansbach. Die Firma Franz Eichhorn u. Söhne bewilligte für Koller 30 bis 50 % und für Widelmacher 20 % pro Mille. Die Teuerungszulage von 75 % und 1,20 M. bleibt bestehen.

Weimar. Die Firma Gebr. Brenner (Fab. Gewerks.) bewilligte eine Teuerungszulage von 1 M. pro Woche.

Eisenach. Die Firma Gebr. Schrader bewilligte für die in der Sortiererei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 5 Prozent. Die Zigarrenarbeiter bekommen noch 50 % mehr pro Woche, also im ganzen 1,50 M. Teuerungszulage. Die Firma No. Land (Fab. Ritter, Bremen) bewilligte eine monatliche Teuerungszulage von 5 Prozent.

Landbirkersdorf. Die Firma E. Heine machte eine abermalige Lohnzulage von 50 % pro Mille auf alle Sorten. Der Mindestlohn beträgt nunmehr 16 M. pro Mille.

Dahme. Sämtliche der Fabrikantenvereinigung angeschlossenen Fabrikanten gewährten auf Vorstelligwerden eine abermalige Teuerungszulage von 1 M. pro Woche für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Lehndorf. Die Firma W. Panitzsch gewährte eine Lohnzulage von 50 % pro Mille für alle Sorten.

Dobrilug. Die Firma W. Rumm bewilligte eine weitere Zulage von 50 % pro Mille; die Firma L. Ziehschmann bewilligte eine Lohnzulage von 75 % pro Mille.

### Verbandsteil. Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6044. — Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Bestellungen nur an M. Ricken, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Kaufmännervereine m. B. O. in Hamburg, Postfach Nr. 5849 beim Postbeamten in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an J. B. Straß, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an J. B. Straß, Hamburg, Postfach 57 III, Zimmer 4, zu adressieren. Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an L. Schenk, Hamburg, Postfach 57 III, Zimmer 4, zu adressieren.

**Bekanntmachungen.**

Als verloren gemeldet: Ein in III n. Das Mitgliedsbuch S. II 12 280, lautend auf Meta Gommel aus Ehrenhain, einget. am 22. 10. 1910 in Nr. I. (E. 217, 1. 3. 16.) Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand einzuliefern.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (L. = Lotarmarken, B. = Verbandsbeiträge):  
 15. April: Borsdorf B. 25.—, 28. Döbeln B. 250.—, 29. Berlin B. 500.—, Jastrow B. 300.—, 30. Bernburg B. 100.—, Schönhausen B. 40.—, Gshoerz B. 200.—, 1. B. Orbesmühlen B. 40.—, Klein-Krobenburg B. 11.—, Walle in Spitze B. 80.—, Jungenaub B. 165.—, 1. Mai: Bielefeld B. 200.—, Werber i. B. B. 100.—, Neustadt am Rennk. B. 104.—, Gschütz B. 460.—, Wintersdorf B. 200.—, Ruffenhäuser B. 150.—, Galbau B. 20.—, Danzig B. 14,04.—, 2. Schmälz B. 60.—, Trebnitz B. 75.—, Dresden B. 700.—, 3. Pyramont B. 120.—, Gschlenbed B. 50.—, Penig B. 30.—, Olsh B. 30.—, 4. Abtheilung B. 50.—, Wernheim B. 75.—, Göttrich B. 30.—, Naumburg B. 100.—, Gaysau in Schl. B. 50.—, Dähne B. 20.—, 5. Berlin B. 550.—, Schmidt a. D. B. 50.—, Hamburg B. 100.—  
 Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzuliefern.  
 Bremen, den 8. Mai 1916. B. Nieder-Bellard.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1916 gingen bis 9. Mai ein:  
 1. Gau, Hamburg: Lübeck, Neuhaus; 2. Gau, Hannover: Nlar, Sienla, Halberstadt; 4. Gau, Berlin: Gschlenbed, Breuklich, Döberitz, Blasheim, Rahden, Oberdorfer, Lage; 6. Gau, Weidberg: Ofersheim; 7. Gau, Offenburger: Neustadt, Straßburg i. E.; 9. Gau, Gersfurt: Weida, Könnern, Leuborn, Breitung, Obermühlberg, Wajungen; 11. Gau, Preuss.: Olsh, Strehlen, Spantau; 12. Gau, Berlin: Danzig, Göttrich.  
 Berichtigung: Die Jahressumme Kurlatz ist irrtümlich als Restant mit der Abrechnung bekannt gegeben, es war schon vorher eingegangen.

**Adressen-Änderungen.**

Hirschberg in Schl. (11). J. Sv. Wllh. Hermann in Strauß bei Hirschberg, per Adv. Rob. Stumpe (Zigarrenfabrik).  
 Mennschaffen (4). Frau W. Kömper in R., Nr. 190.  
 Bernburg (2). I. Sv. Robert Strobel.

**Arbeitsmarkt.**

Offene Stellen.  
 Zwei Zigarrenmacher, die selbst Wickel machen; Lohn 11 M bei freier Burtelung. Nachfragen: Arbeitsnachweis Otto Schulz in Bessen bei Berlin, Stubenrauchstraße 4.

**Gewerkschaftliche Frauenzeitung.**

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der General-Kommission unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Geldflusses eines Verbandstages

bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 B pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung.  
 Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ entgegenzunehmen unter Vorauszahlung des vierteljährlichen Bezugspreises. Unwiderruflich sind uns die etwaigen Bestellungen der Zahl nach mitzuteilen. Der Versand der Blätter erfolgt von hier aus gleichzeitig mit dem „Tabak-Arbeiter“. Die Ortsverwaltungen erhalten je ein Exemplar gratis von uns zugelandt.

**Gestorben:**

Gestorben am 23. August 1915 der Zigarrenarbeiter Arthur Weigt aus Siegnitz (Bahnhofs-Siegnitz).  
 Gestorben am 15. April der Zigarrenarbeiter Anton Weener, 22 Jahre alt (Bahnhofs-Weiner).  
 Gestorben am 24. April der Zigarrenarbeiter Ferdinand Wehe aus Ellieroda, 40 Jahre alt (Bahnhofs-Ganderheim).  
 Gestorben ist der Kantakalkulierer Gustav Seher aus Saiga, 37 Jahre alt (Bahnhofs-Norshausen).  
 Am 23. April starb in Dresden die Wickelmacherin Frieda Wilmann aus Freiberg, 20 Jahre alt.  
 Am 30. April starb in Bremen die Wickelmacherin Elly Strupfen, geb. Wiedmeyer, aus Kachen, 45 Jahre alt.  
 Am 7. Mai starb in Siedlitz (Bahnhofs-Siedlitz) Frau Marie Reinshagen aus Siedlitz, 57 Jahre alt.  
 Ihre Iherm Andenken!



**Eckstein**  
**Zigaretten**  
 Einzig in Qualität  
**Trusfrei**  
 BREITENBURG-SCHNEE, DRESDEN

**Größtes Wickelformenlager Deutschlands**

**JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER**

**L. COHN & CO.**  
 BERLIN N., BRUNNENSTRASSE N° 24.

**Verlangen Sie sofort kostenlos**

Unsere Haupt-Preiskisten Modellbogen Zigarrenband Zigarrenring-Papier-Tragenth-Muster

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

**Großfrucht Zigarren**  
 laufend auch nach dem Krieg. Gebiete Wasser mit unbeschränkter Freiheit an Schließfach Nr. 18.  
**Friedberg in Hessen.**

**Hugo Müller, Rohrtabak**  
 Bremen, Bornstraße 88.  
 Groß-Decker, St. Feitz 2.80 M. 4. — M. Sumatra-Decker 5.— bis 7.50 M. Bornland-Decker leicht, 4.— und 5.— M. Dunkel, 4.— u. 4.20 M. Java-Umblatt u. — Sinlage, sehr leicht, 2.80 M. Sumatra-Umblatt, sehr leicht, 2.80 M. Carmen-Umblatt, sehr leicht, 2.50 M. Vögel, gesund, 2.40 M. Schokolade 1.40 M. Großschnitt 1.75 M. per 1/2 kg. Alle vorherigen Preise sind aufgehoben. Versand unter Nachnahme.  
**Sinlage-Tabake**  
 entrippte Java-Sumatra und Pfeiler laufend in jedem Quantum abzugeben. Müller gegen Nachnahme. Ad. u. Schließfach Nr. 18.  
**Friedberg in Hessen.**

**Zigarren-Meister**  
 oder tüchtiger Zigarrenmacher, zum Kalieren von Zeichnungen und selbständiger Leitung einer kleineren Filiale gesucht.  
 Offerten mit Gehaltsansprüchen unter N. 2 a. b. Exp. b. Zeitung.  
 Tüchtige Zigarrenfabrik sucht per sofort einen europäischen **Sortierermeister** sowie für eine Filialfabrik tüchtigen **Zigarrenmeister** für hancarb. Offerten unter N. 1 an die Expedition dieser Zeitung.

**Carl Roland**  
 Berlin SO 26  
 Kottbuserstrasse 4.  
**Sumatra-Decke**  
 pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.  
 G. B. M., 1. Blattlänge, ganz hell, pr. Pfd. 7.70 M.  
**Mexiko-Decke** pr. Pfd. 5.— M.  
**Havana** ..... pr. Pfd. 5.— M.  
**Brasil** ..... pr. Pfd. 3.20 M.  
**Java-Einlage**... pr. Pfd. 2.50 M.  
**Java-Einlage mit Umblatt**  
 pr. Pfd. 2.60, 2.80, 2.85, 2.90 M.  
**Java-Umblatt**... pr. Pfd. 3.30 M.  
 Ueberseeischer Tabak nur bei gleichzeitiger Entnahme von andern Tabaken pr. Pfd. 1.70 M.

**Abt. Rohrtabak**  
**Hengloss & Maak**  
 Altona-Ottensen  
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

**Drucksachen**  
 aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Vereine liefert billigst  
**J. H. Schmalfeldt & Co.**  
 Bremen Geeren 6/8

**Rohrtabakhandlung**  
 kauft bei Aufgabe der Fabrikation u. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Schließfach Nr. 100. Exp. b. Bl.

**Kein Tabak-Arbeiter darf mehr unorganisiert sein!**

**Belesene Tabak-Arbeiter**  
 bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

„Bewährte Bezugsquelle aller zur Zigarrenfabrikation geeigneten Rohrtabake zu günstigsten Marktpreisen. Jederzeit werden Rippen gegen sofortige Kasse zum Tagespreise abgenommen.“  
**Leon Well, Speyer.**

**In der Einschreibung vom 31. März d. J. kaufte ich direkt die folgenden geschlossenen Partien:**

<b>163</b>	<b>Packen D/Djiwo:</b>	<b>Vorstienlanden-Deck</b>
<b>124</b>	„	<b>Barve Loem: Java-Aufarbeiter</b>
<b>50</b>	„	<b>Bades: Java-Aufarbeiter</b>
<b>30</b>	„	<b>KGS: Ranjemas-Aufarbeiter</b>
<b>367</b>	<b>Packen zusammen</b>	

**Fordern Sie bei Bedarf stets meine Angebote ein!**

**Heinrich Franck, Berlin N 54**

Rohrtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken

**Ich kaufte in den Einschreibungen des Jahres 1916 bisher nur direkt in Partien (außer sehr bedeutenden andern Käufen)**

**4940 Packen und zwar:**

<b>1099</b>	<b>Packen am 14. Januar 1916</b>
<b>1370</b>	„ „ <b>4. Februar 1916</b>
<b>1398</b>	„ „ <b>18. Februar 1916</b>
<b>706</b>	„ „ <b>4. bis 11. März 1916</b>
<b>367</b>	„ „ <b>31. März 1916</b>

**4940 Packen**